

INTEGRA - Deutsches Netzwerk zur Überwindung weiblicher Genitalverstümmelung

Die Sprecherinnen: Dr. Abadjayé Gwladys Awo, Charlotte Njikoufon, Dr. Christoph Zerm

<https://www.netzwerk-integra.de/> Mail: kontakt@netzwerk-integra.de

Mittwoch, 08.05.2024

An

die Bundesministerin des Auswärtigen Frau Annalena Baerbock

die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Frau Svenja Schulze

Nachrichtlich: Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz

Offener Brief

Gambisches Parlament hat vor, das Gesetz gegen die Genitalverstümmelung von Mädchen aufzuheben.

Keine deutschen Gelder für Länder, die Gewalt an Frauen wieder legalisieren wollen!

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Baerbock,
sehr geehrte Frau Bundesministerin Schulze,
sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

um einen möglichen Einwand gleich einleitend aufzugreifen: Keine ausländische Regierung hat das Recht, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einzumischen. Aber dieses andere Land hat kein *unbedingtes* Recht auf Zahlungen von dritten Ländern – die Geldgeber haben ihrerseits das Recht, solche Unterstützung von der Einhaltung bestimmter international beschlossener Verpflichtungen und Konventionen abhängig zu machen. Sollte das derzeit geltende Anti-FGM-Gesetz in Gambia außer Kraft gesetzt werden, wäre eine solche Situation eingetreten. Die Bundesregierung würde ihre selbstgesetzten Prinzipien und ihre eingegangenen internationalen Verpflichtungen verraten, wenn sie in diesem Fall Zahlungen fortsetzen würde. Wir appellieren an die Bundesregierung, die gambische Regierung auf diese Konsequenz hinzuweisen (und diese Konsequenz auch unverzüglich umzusetzen), sollte das Anti-FGM-Gesetz in Gambia aufgehoben werden. Dies wäre außerdem ein deutliches Signal an weitere FGM-Prävalenzländer, eventuelle Pläne, ebenfalls ihre Anti-FGM-Gesetze außer Kraft zu setzen, sehr sorgfältig abzuwägen.

Im Übrigen hat die deutsche Regierung Staatsbürger:innen gambischer Herkunft und in Deutschland lebenden Gambierinnen gegenüber eine Fürsorgepflicht, Mädchen aus gambischen Familien vor Genitalverstümmelung zumindest indirekt zu schützen, wenn sie einen Besuch in Gambia unternehmen wollen. Solch ein indirekter Schutz wäre die Unterstützung der gambischen Communities in Deutschland sowie der gambischen Aktivistinnen vor Ort durch nachhaltige Schritte gegen die Aufhebung des Anti-FGM-Gesetzes im Rahmen international akzeptierter Maßnahmen. Die Zeit drängt, bereits im Juni ist in Gambia traditionell Beschneidungszeit!

Mit freundlichen Grüßen

Die Sprecherschaft des Deutschen Netzwerkes INTEGRA
in Kooperation mit Sprecherinnen gambischer Communities in Deutschland